

tragen, zu einem „Feldzug gegen das Palais Royal“, wie es Lafayette, der Führer der Nationalgarde, scherzend nannte, der den konterrevolutionären Charakter der Bourgeoisie restlos offenbarte.

J. W. Fintheisen, in seinem ausführlichen Werk über den Jakobinerklub, schildert diesen Vorgang folgendermaßen: „Am 27. September morgens, zu einer Zeit, wo noch nicht einmal viele Menschen dort versammelt waren, drangen plötzlich unter dem Befehl des Herzogs vonumont von allen Seiten Patrouillen der Nationalgarde in das Palais Royal ein und gehen ohne weiteres auf die noch ziemlich ruhigen Gruppen los. Das Volk erhebt ein gewaltiges Geschrei, man wird handgemein; im Gewühl wird ein vielleicht ganz friedfertiger Mensch verhaftet. Da stürzt der wilde Haufe auf die Patrouillen los, befreit den Gefangenen und jagt die Nationalgarde zum Tempel hinaus.“

Der Ton dieser Schilderung läßt wohl keinen Zweifel über die Parteinahme des Autors bestehen, der nicht die, das waffenlose Volk grundlos angreifenden Truppen, sondern eben dieses Volk als wilde Herde bezeichnet. Dennoch kann man sich selbst aus diesem Bericht ein ungefähres Bild von dem Verhalten des Bürgertums gegenüber dem Proletariat machen.

Das hier Dargestellte ist nichts als eine Anzahl Stichproben aus der langen Kette von Ereignissen, die eines nach dem anderen, den konterrevolutionären, arbeitserfüllenden Charakter der Bourgeoisie enthüllen; es ging auf dem Lande nicht anders als in der Hauptstadt und in den Provinzialstädten zu. Noch ehe die Vertreter der Kommune jene Verordnung vom 1. September erließen, beschloß die Nationalversammlung eine drakonische Maßregel gegen die ausländischen Bauern. Zur Illustration dieser Maßregel genügt es, eine Stelle aus Peter Krauths Buch über die Französische Revolution wiederzugeben: „Unter dem Vorgeben, der Aufstand sei das Werk von Räubern, autorisierte sie die Stadtverwaltungen Truppen zu requirieren, alle Menschen ohne Beruf und Domicil zu entwaffnen und sie summarisch zu verurteilen.“

Das Bürgertum des Dauphine machte in weitem Umfange Gebrauch von diesen Rechten. Als eine Schar aufständischer Bauern von Burgund herabkam und die Schlösser niederbrannte, verbanden sich die Bürger der Städte und Dörfer gegen sie. Eine dieser Banden wurde am 27. Juli geschlagen, und es gab 20 Tote und 60 Verwundete. In Cluny gab es 100 Tote und 160 Gefangene. Die Stadtverwaltung von Macon lieferte den Bauern, die sich weigerten, den Zehnten zu zahlen, regelrechten Krieg und hing 20 von ihnen an den Galgen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Februar.
Frauenwahlrecht in Kanada. Einem hiesigen Blatt zufolge erfährt die „Times“ aus Ottawa: Die Regierung beschloß das Frauenwahlrecht für ganz Kanada einzuführen. Ein Gesetzentwurf darüber wird wahrscheinlich noch während dieser Session dem Parlament vorgelegt werden. Aus Berlin wird dagegen gemeldet, daß das gleiche Wahlrecht für Preußen im Hauptauschluß abgelehnt wurde.

20. Februar.
Wie „toll“ es jetzt in Rußland zugeht, kann man aus folgender Meldung entnehmen, die das Volkliche Bureau aus Petersburg unter der Ueberschrift: Offiziere als Zeitungsverkäufer bringt. „In Moskau befinden sich zur Zeit 5000 arbeitslose Offiziere, die zum Teil als Transportarbeiter, Portiers und Zeitungsverkäufer Beschäftigung finden.“

Feuilleton

Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt.

Fern von ihr, angefüllt von Verhältnissen, für die er die Hauptverantwortung trägt, weiß er: ein vergiftet Dasein war es Ägypten, das ihm sein Selbstbewußtsein raubte. Fulvia bekriegte Cäsar, um ihn aus Ägypten zu treiben; so trägt er die Schuld an einem Kriege, der die Kräfte seines Verbündeten schwächte — der ihren beiden Interessen zuwider lief, der Pompejus groß und stark werden ließ.

Gewissermaßen um diese Schuld zu sühnen, um das fernere Zerplittern der Kräfte unmöglich zu machen, willigt Antonius ein, Octavia, die Schwester des Cäsar, zu heiraten, und so sich unflüchtig zu verbinden. — Diese Illusion allein, die Antonius zur Heirat mit Octavia bestimmt; entscheidend wirkt wohl vor allem auch der einfache Umstand, daß er in der Stunde der Versöhnung die Heirat, zu der Cäsar seine Einwilligung gab, nicht ablehnen kann, ohne diesen tödlich zu kränken; die Einsicht, daß er das in dieser Stunde, die sein und Cäsars Zusammengehen unbedingt fordert, unter keinen Umständen tun darf. So ist Antonius Heirat mit Octavia ein rein politischer Akt und muß infolgedessen ohne jeden entscheidenden Einfluß auf sein Verhältnis zu Kleopatra bleiben.

Diese Heirat konnte ihn nur so lange von Kleopatra fernhalten, als er den Zorn des Cäsar, der über die Ehre seiner Schwester wacht, fürchten muß. Cäsars nicht mehr bedürftig, konnte Octavia ihn nie von Kleopatra trennen, sowie sie ihm auch niemals in der Ausübung seiner Pflichten als Feldherr oder Politiker hindern konnte. Ihr gegenüber vermag er ohne weiteres auszusprechen und durchzuführen, was vor Kleopatra ihm so schwer wurde: „Die Welt, mein großes Amt, wird je zuweilen von deiner Brust mich trennen.“ Und er weiß, ohne Schmerz wird er diese Trennung ertragen. Diese Heirat, das ist ihm klar bewußt, sollte ihm die Wege im Kampf um die politische Macht ebnen.

Ihrer ungeachtet zieht es ihm mit unveränderter Kraft von neuem zu der einzig Geliebten. Er kann diesem Drang nicht widerstehen: „nach Ägypten! Und schloß ich diese Heirat nur zum Frieden, im Ost wohnt meine Lust“.

Der neu ausbrechende Konflikt zwischen Antonius und Cäsar ist diesem ein willkommenes Vorwand, um Octavia zu ihrem Bruder zu beurlauben, da sie ihn und den Gatten versöhnen will, selbst aber nach Athen zu gehen und von dort zu Kleopatra zurückzukehren. So ist der schöne, noch jüngst so künstlich erschaffene Bau in Trümmern: Octavia verlassen und verraten, Antonius und Cäsar in heftiger Feindschaft — und schließlich, Antonius wieder in Ägypten.

Es ist die Frage, wie weit die rein politischen Vorgänge entscheidend auf Antonius Haß wirkten, wie weit seine Gefühle, seine Sehnsucht ihn die objektiven Verhältnisse mit den Augen seiner Wünsche betrachten ließen, wie weit er in den Verhältnissen vor sich selbst Vorwand und Rechtfertigung suchte, nach Ägypten zurückkehren zu können.

Offenbar hat eine starke Wechselwirkung zwischen beiden Momenten stattgefunden, mindestens haben die Wünsche des Antonius seine Reizbarkeit Cäsar gegenüber stark gesteigert, denn wir können aus den objektiven Verhältnissen allein, soweit Shakespeare sie darstellt, durchaus keinen zwingenden Grund zu neuem Kriege zwischen Antonius und Cäsar finden.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik

3. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 9

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Amunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 2. März 1918

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellschein

Inhalt:

Die Rolle der Sozialdemokraten	Seite 53
Die Feinde rings um Rußland	54
Gegenläge. Von St. Woreg. (Schluß)	55
Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften	56
Aus unserm politischen Tagebuch	57
Feuilleton:	
Shakespeares Antonius und Kleopatra. Eine Alltags- tragödie. Von Renate Brandt. (Schluß)	57
In der Fabrik. Von Falke	58

Die Rolle der Sozialdemokraten.

Wir meinen das Wort im historischen Sinne. Also nicht, was ist die Rolle, die wirkliche Kämpfer für die Freiheit des Proletariats zu spielen haben, sondern welche Rolle spielen diejenigen, die bisher den Kern und die Spitze der sozialdemokratischen Partei bildeten?

Es ist als bekannt vorauszusetzen, daß wir hier vor einer Frage stehen, die sogar als Problem betrachtet werden kann. Vor dem Krieg, während mehrerer Jahrzehnte lag die Sache der allgemeinen sozialistischen Anschauung noch so: überall stehen die Arbeiter bereits in Massen hinter der Partei und in den mit ihr verbündeten Gewerkschaften. Diese Partei wird, im stetigen Klassenkampf aufwärts schreitend, einmal die politische Herrschaft erobern (mit mehr oder weniger Unordnung, darüber dachten Radikale und Revisionisten verschieden) und dann wird die sozialistische Regierung die neue sozialistische Ordnung durch geeignete Maßnahmen verwirklichen.

Nun hat der Weltkrieg, namentlich die Haltung der Sozialdemokratie, durch diese ganze Erwartung einen Strich gemacht; der Klassenkampf wurde eingestellt. Aber die kapitalistische Entwicklung und der sozialistische Zielpunkt dieser Entwicklung bleiben dennoch bestehen. Welches Organ wird nun weiterhin diese Entwicklung tragen? Die Massen, die proletarischen Massen selbstverständlich — wie früher auch. Aber welche Rolle wird die ehemalige Sozialdemokratie spielen, der Ueberrest der Partei, ihre Presse, ihre Fraktion, ihr Programm, ihre Ideologie? Einige denken in tieferer Einsicht, nach dem Kriege, wenn der Burgfrieden nicht mehr nötig ist, wird alles wieder werden wie vorher; dann werden Scheidemann und Haase und Liebknecht wieder einmütig Reden halten für die „Millionenpartei“, und wird der Krieg wie nur eine Episode vorbeigegangen sein. Sie sehen nicht, daß die ganze Welt aus den Fugen gegangen ist, daß gleichsam ein allverheerendes Erdbeben die Grundlagen der Gesell-

schaft umgewälzt hat, daß wir in drei Jahren reifer und älter geworden sind als sonst in dreißig.

Die alte Zeit ist vorüber. Eine Gesellschaft wie vor dem Krieg, mit dem heftig aufbrausenden, aber noch Frieden haltenden Kapitalismus, mit der Millionenpartei, die die proletarischen Massen für den politischen Kampf organisierte, aber diesen Kampf zugleich stets mehr — trotz der marxistischen Ideologie — auf Reformen und Mandate und Kulissenmacht zuspitzte, kommt nicht wieder. Weshalb, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Eine Krise des Kapitalismus, eine Weltkrise naht heran, in der die gegenwärtigen Kämpfe noch schroffer werden müssen, da die Gegenläge schroffer, die Nöten unerträglicher, der Geist der Gewalttätigkeit heftiger werden als je zuvor. Eine Zeit innerer Kämpfe bricht herein, die schon ihren Einfluß auf den Weltkrieg ausüben.

Und wieder ist die Frage: welche Rolle wird die ehemalige Sozialdemokratie spielen? Ein erstes Beispiel bildet Rußland. Rußland war insoweit eine Ausnahme, weil hier ein großer Teil der Sozialdemokratie unter Führung Lenins von vornherein auf dem Standpunkt stand, der in Deutschland der linksradikale hieß, während die Sozialpatrioten im Parlament mit der Bauernpartei eine scharfe Opposition gegen die Regierung führten. Nur diese letzte mit den Sozial-Revolutionären und den internationalen Menschewiks (Martoff, Axelrod) sind mit der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands und Westeuropas zu vergleichen. Und was war ihre Rolle nach der Märzrevolution? Sie suchten die Arbeiter für eine Koalition mit der Bourgeoisie zu gewinnen, sie suchten die Arbeiter von einer selbständigen Klassenaktion zurückzuhalten; sie suchten durch schöne Reden ihre gerechte Empörung gegen die bürgerliche Kerenskieregierung zu beschwichtigen. Sogar nach der Novemberrevolution konspirierten sie mit der Reaktion um die Sowjets zu stürzen. Ihre ganze Haltung war also in Rußland regelrecht konterrevolutionär.

Das zweite Beispiel bietet die Bewegung in Wien. Aus dem, was die Zeitungen brachten, läßt sich die Rolle, die die Sozialdemokratie spielte, ziemlich gut verstehen. Die Ausführe der Arbeiter brachen spontan aus, ohne Einwirkung der Partei. Es ist aber nur allzukur, daß die Partei die Führung in die Hände nahm und auch nehmen konnte, wollte sie ihren Einfluß auf die Massen nicht verlieren, und sie wußte, daß außer ihr keine geschulten Kräfte vorhanden waren, die ihr die Führung strittig machen konnten. Aber doch gingen die Massen

zuerst ihren eigenen Weg. Die Parteiführer ersuchten, daß im Interesse der übrigen Bevölkerung der Streik nicht auf den Verkehr, die Beleuchtung und die Lebensmittelindustrie sollte ausgedehnt werden. Die Partei suchte also die Bewegung auf solche Gebiete zu beschränken, daß sie ziemlich harmlos bliebe, also einen rein platonischen Protestcharakter erhielt. An die Stelle der ersten, aus unmittelbarem Empfinden entsprochenen Forderungen, setzten die Parteiführer vier politische Forderungen: Friedensfrage, Einflußnahme des Parlaments darauf, Entmilitarisierung der Industriearbeiter, Gemeindevahlrecht. Darüber schreibt ein liberaler Berichterstatter: „... Andererseits aber hat die sozialdemokratische Parteileitung der Regierung mit dieser Rückwärtsrevidierung einen Dienst erwiesen.“ Als die Regierung über diese Forderungen einige zustimmende Erklärungen gemacht hatte, wurde der Streik aufgehoben und die Bewegung fand ein Ende.

Wir brauchen nicht einmal anzunehmen, daß es sich bei der Parteileitung nur darum handelte die Regierung aus den Schwierigkeiten zu helfen. Denn nach der alten offiziellen sozialdemokratischen Auffassung ist der Streikzustand an sich ein Uebel, eine Unordnung, die möglichst bald verschwinden muß, sei es mit oder ohne Gewinne erzielt zu haben. Die alte Sozialdemokratie hat dann versucht den neuen Wein in alte Schläuche zu gießen, die neue Aktionsform ihren Zwecken, der geordneten Sozialreform dienstbar zu machen.

Und weil das nicht aus bösem Willen oder Abkehr von den alten Prinzipien geschieht, sondern gerade unter Anwendung ihrer veralteten Prinzipien, wird sich dieses Spiel noch oft wiederholen.

Die Feinde rings um Rußland.

Als die Friedenspartei der Bolschewiks im November die Herrschaft ergriff, wurde vom Standpunkte internationaler Politik diese Aenderung vor allem als eine Besserung der Lage Deutschlands betrachtet. Durch einen russischen Friedensschluß wurde das um die Zentralen geschmiedete eiserne Band gebrochen; die Entente war geschwächt und Deutschland hatte nur nach einer Front zu kämpfen. Daher kam es, daß die neue Sowietregierung und ihre geistige Leitung, der Bolschewismus, in den verschiedenen Ländern so verschieden beurteilt wurde. England zeigte seine Verstimmung durch möglichst hämisch entstellte Tatarennachrichten aus der russischen Hauptstadt, während die deutsche Bourgeoisie, trotz des starken Klassengegenjages, an Lenin und Trotzky allerhand schöne und bewundernswerte Eigenschaften entdeckten. Während des ganzen Monats Dezember, als es schien, daß die Friedensverhandlungen im Osten zu einem guten Ergebnis führen würden, dauerte diese rosige Beurteilung des neuen Rußland.

Dann aber änderte sich das Bild. Jetzt klingt alles ganz anders in den deutschen Zeitungen. Wir haben schon früher ausgeführt, wie schwierig sich in Rußland die Nationalitätenfrage gestaltet. Handelte es sich um sozialistische oder zum Sozialismus reife Gemeinschaft, so würde die Nationalitätenfrage keine Schwierigkeiten bieten; die Lösung der Selbstbestimmung würde die Gegensätze leicht lösen. Aber in Westrußland bilden sich die

Nationen erst auf bürgerlicher Grundlage, d. h. es gibt dort breite Schichten, die jetzt emporkommen und die Nationalitätenfrage vom bürgerlichen Standpunkte, als Gründung eines Nationalstaates, lösen wollen. Da entstehen Konflikte, wie wir schon damals andeuteten, vor allem zwischen Rußland und der Ukraine. Die bürgerliche Presse redet nun immer von Verleugnung des selbstproklamierten Selbstbestimmungsrechts. Will man aber die Haltung der Bolschewiks in diesen Fragen verstehen, so muß man eins hervorheben: sie betrachten alle diese Fragen vom Standpunkt des Klassenkampfes. Für sie gibt es keinen Gegensatz zwischen Russen und Ukrainern, sondern nur einen Gegensatz zwischen den arbeitenden Massen der Ukraine und deren Bürgertum.

Aus diesem Grunde ist erstens ihre Haltung in Bezug auf die von den deutschen Armeen okkupierten westrussischen Länder zu verstehen. Polen, Litauen, Kurland, Estland dürfen selbständig ihr Los bestimmen; die Russen werden sie nicht zwingen im russischen Staatsverbande zu bleiben. Aber in diesen Ländern besteht ein starker Klassengegensatz: Barone, Großbauern und Bourgeoisie einerseits, Arbeiter und ärmere Landbevölkerung andererseits. Die erstgenannten Klassen haben durch ihre Ständerräte Kundgebungen über ihre nationale Selbständigkeit erlassen; handelte es sich um national-einheitliche und nicht in Klassen gespaltene Völker, so könnten diese Herren sicher im Namen der ganzen Nation reden. Dem ist aber nicht so. Daß die Barone in Livland deutscher Abstammung sind, kommt dabei nicht in Betracht, auch gegen das Recht der polnischen Barone, im Namen von ganz Polen zu reden, protestieren sie. Es ist klar, daß darüber in Brest keine Einigkeit zu erzielen war, denn es ist genau so selbstverständlich, daß die deutschen Unterhändler an das Recht der jetztigen vorläufigen Regierungen und Ständeräte festhielten, als daß die russischen Unterhändler dieses Recht verneinten.

Der eben erwähnte allgemeine Standpunkt der Bolschewiks muß sie notwendig in Konflikt bringen mit den ersten Regierungen der neuen Staatenbildungen. Finnland und die Ukraine waren die ersten Teile des ehemaligen Rußlands, deren staatliche Unabhängigkeit anerkannt wurde. In beiden Ländern hatte sich eine bürgerliche Regierung gebildet, die offenbar anfangs in gutem Einvernehmen mit den Petrogradern stand. Nach Brest-Litowsk kamen auch Vertreter der Ukrainer Rada. Als diese dann aber selbständig mit den Zentralen verhandelten über einen Frieden und ein Abkommen mit der Ukraine allein, trat der Gegensatz scharf zu Tage. Für Rußland ist ein enger oder loser Zusammenhang mit der Ukraine sehr wichtig, weil zu der Ukraine die fruchtbarsten Getreidegebiete gehören; jedoch trat die Gefahr nahe, daß die Ukraine sich eng an die Zentralen anschließen sollte.

Wir haben früher die Ansicht ausgesprochen, die Rada werde sich nicht zu eng mit der russischen Bourgeoisie verbünden, weil sonst ihre staatliche Unabhängigkeit gefährdet werde; hier zeigt sich ein dritter Weg, der von der Rada als Ausweg gewählt wurde: nicht mit der russischen Bourgeoisie, die ihre Unabhängigkeit nicht anerkennen würde, nicht mit den Bolschewiks, die ihre Klassenfeinde sind, sondern mit den Zentralmächten zusammenzugehen. Der Klassengegensatz zwischen den Ar-

beitermassen der Ukraine und der Rada bot von selbst Anlaß zum Eingreifen; die Sowietzentrale in Charkow wurde von den Bolschewiks gestützt gegen die Kiewer Rada und der Ausgang des Kampfes wird entscheiden. In den deutschen Zeitungen (Nationalzeitung, Berliner Tageblatt) wird offen ausgesprochen, daß die Rada bei einem Friedensschluß mit den Zentralen zugleich von diesen Garantie ihrer Unabhängigkeit, d. h. moralische und vielleicht materielle Hilfe gegen die Russen erhalten soll.

Und ähnlich geht es in Rumänien. Die Reste der rumänischen Armee, früher bedeutungslos gegen die russischen Armeen, dringen jetzt in Besarabien vor, um sich dieses Land anzugliedern, das als Kompensation dienen kann für die Länder südlich der Donau, die es an Bulgarien abtreten muß — wobei nur die alten Grenzen wieder hergestellt werden. Die russische Arbeiterregierung hat nichts gegen die Vereinigung Besarabiens mit Rumänien einzuwenden, aber sie hat sehr viel gegen die Klassenherrschaft der walachischen Bojaren über die armen Pächter und Arbeiter Rumäniens einzuwenden. Deshalb unterstützt sie diese, wo sie sich auslehnen, und deshalb werden sie von den rumänischen Generälen angegriffen und bekriegt. Und im „Berliner Tageblatt“ weist der General von Ardenne daraufhin, daß die Lage jetzt völlig umgekehrt ist: die Rumänen und die Zentralen haben gleiches Interesse gegen den gleichen Feind: die „bolschewistische Tyrannei“, also wird ihre alte Freundschaft wohl bald zu einem Frieden und sogar einer Bundesgenossenschaft führen.

Daselbe gilt für Finnland, wo der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat stets sehr scharf war. Hier ist es die Bourgeoisie Schwedens, an die sich die finnische Bourgeoisie anlehnt, während sie zugleich die Bauern aus dem Norden gegen die Arbeiter der Südstädte mobil zu machen sucht. Aus Stockholm kommen alle Greuelnachrichten, die völlig an die Zeit der Kommune erinnern und deren Wert daher von vornherein jedem denkenden Arbeiter klar sein werden. Vielleicht wird die schwedische Bourgeoisie sich einmischen.

Und schließlich fügt sich zu den unter bürgerlicher Führung kämpfenden Armeen, die ringsum das bolschewistische Rußland gleichsam konzentrisch angreifen, ein Teil der polnischen Truppen, die nicht für ein unabhängiges Polen zu kämpfen brauchen, sondern für die Herrschaft der Schlachziten in Polen. Schon wird gemeldet, daß sie durch einen Handstreich in Mohilew den Befehlshaber Krylenko gefangen nahmen. Jedenfalls bildet dies eine neue Bedrohung, und man kann verstehen, daß in Petrograd Maßnahmen getroffen werden, um eine neue rote Armee zu bilden.

Rußland in der Revolution kommt in eine ähnliche Lage, wie vor gut hundert Jahren Frankreich in der Revolution. Nicht um die eigene Herrschaft handelt es sich bei den neuen Regierenden. Die Revolution konnte sich auch damals nicht beschränken das Feuer in kleinem Raum verschlossen zu halten, es mußte sich in immer weiterem Umkreis ausbreiten, teils durch geistige Uebertragung der Ideen, teils durch die Berührung mit anderen Völkern. Ein solches Land in Revolution geht zwar nicht blindlings vorwärts, es zögert oft. So mußte Frankreich damals vorwärts im stetigen Kampfe zur

Verteidigung seiner bürgerlichen Freiheit halb Europa erobernd. An dieses Beispiel muß man denken, wenn man die bedrohlichen Kämpfe betrachtet, die Rußland auszukämpfen hat.

Gegensätze.

Von St. Woreß.

4.

(Schluß.)

Welche Stellung hat nun die Arbeiterklasse den Gegensätzen zwischen den Anneziionspolitikern und den Verständigungspolitikern gegenüber einzunehmen? Die Sozialpatrioten stehen im festen Bunde mit den bürgerlichen Kreisen, die den Verständigungsfrieden propagieren. Die Unabhängigen haben den Forderungen der Reichstagsmehrheit auch keine grundsätzlich abweichenden Parolen gegenüber zu stellen vermocht. Sozialpatrioten und Unabhängige sind also im Lager der Verständigungspolitikern zu finden. Wenn der von der Reichstagsmehrheit und den Unabhängigen geforderte Verständigungsfriede eine Parole für die Arbeiterklasse wäre, so erlebten wir das wunderliche Schauspiel, daß Blätter wie das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“, also ausgesprochene Organe der deutschen Hochfinanz, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen berufen wären; wir erlebten die Interessengemeinschaft zwischen Finanzkapital und Arbeiterklasse.

Was von einer solchen Interessengemeinschaft zu halten ist, weiß jeder, dem das sozialistische Denken nicht völlig abhanden gekommen ist. Daß aber umgekehrt eine innige Interessengemeinschaft zwischen dem Bankkapital und den Sozialpatrioten der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Genossenschaften besteht, ist ebenso leicht begreiflich, wenn man bedenkt, wie stark die Beteiligung der alten Arbeiterorganisationen an den bankenmäßigen Kapitalunternehmungen schon vor dem Kriege war, und wie hoch diese Beteiligung noch während des Krieges, insbesondere infolge der Kriegsanleihen, gestiegen ist. Die Groschen der Arbeiter, die dem Klassenkampfe dienen sollten, arbeiten jetzt in den Munitionsfabriken und allen Zweigen der Kriegsindustrie. Und diese Arbeit ist umso intensiver, je mehr die Kapitalanleihen eine Angelegenheit des Volkes wurden. Auf diese Weise sind die Sozialpatrioten natürlich lebhaft am „Sieg“ interessiert. Wie groß ihre Sorge um eine zweckmäßige Anlage der Arbeitergelder ist, geht am deutlichsten aus ihrem derzeitigen räuberischen Ueberfall auf die Redaktionen und Geschäfte der oppositionellen Parteiblätter hervor.

Das Interesse der Unabhängigen am Verständigungsfrieden liegt auf einem andern, aber verwandten Gebiete. Zwar haben sie keine Gelder zu verlieren, die in Kriegsanleihen und Banken angelegt sind, aber unlustig und unfähig zum Kampfe, wie sie aus historischer Tradition sind, haben sie kein größeres Verlangen, als möglichst bald zu „geordneten“ und „friedlichen“ Zuständen zurückzukehren, um ihre Organisationen auf- und ausbauen zu können. Das ist überhaupt Kern und Sinn ihres ganzen Strebens und Wirkens. Alles wird von ihnen ängstlich vermieden, was auf die Schwierigkeiten des Krieges noch neue, anders geartete Schwierigkeiten häufen könnte; alles wird sorgsam abgewehrt, was die neuen Organisationen gefährden könnte. Ihr Eintreten für den Ver-

ständigkeitsfrieden entspringt nicht so sehr ihrer Kriegsmüdigkeit, als ihrer allgemeinen Kampfmüdigkeit. Wäre der Verständigungsfrieden erreicht, so würden sie erschöpft auf dem alten Organisationswege weiterzoteln. Ruhe, Ruhe — das ist ihr stärkstes Bedürfnis.

Aber wie die Sozialpatrioten, so stützen sich auch die Unabhängigen auf mehr oder weniger breite Schichten der Arbeiterschaft selbst. Die Sehnsucht nach dem Frieden ist sicher in weiten Kreisen der Arbeiterklasse lebendig; es sind diejenigen Kreise, die noch nicht begriffen haben, jede Etappe des Imperialismus und besonders eine so katastrophale, wie diesen Weltkrieg unbekümmert um alle Opfer für den Kampf ausnützen zu müssen. Ganz sicher ist der Friede eine gute Sache, aber es ist ein schlimmes Ding, wenn er auf Kosten der Arbeiterklasse geschlossen wird, und um das zu verhindern, darf die Arbeiterschaft nicht den Frieden an sich zum Gegenstand ihres Strebens machen; vielmehr muß ihre ständige Sorge der Klassenkampf sein. Das haben ganz offenbar die besten Köpfe der russischen Revolution begriffen, denen die Fortführung des Klassenkampfes bis zu seiner äußersten Konsequenz, selbst auf die Gefahr des eigenen, momentanen Unterliegens, höher steht als das Heimbringen irgend eines Friedenswerks. Die heute am lautesten und inbrünstigsten nach dem Frieden schreien, werden morgen die berufenen Flaumacher und Veräter im Klassenkampf sein, wenn sie es nicht heute schon sind.

Für die Linksradikalen ist die Stellung zum Verständigungsfrieden damit klar vorgezeichnet. Auch sie erstreben den Frieden, aber einen Frieden, an dem niemand anders als die Arbeiterklasse ein Interesse hat, einen Frieden, der nur eine von vielen Stappen im unmittlerbaren Kampf um den Sozialismus ist. Das bringt die Linksradikalen in den schärfsten Gegensatz zu allen Anhängern des Verständigungsfriedens, und dieser Gegensatz wird eines Tages alle Verständigungspolitiker panikartig in das Lager selbst der wildesten Anexionisten treiben. Die Linksradikalen haben mit dem ganzen Verständigungsrummel nicht das geringste zu schaffen. Leisten sie aber nicht den Anexionspolitikern Helfersdienste, indem sie ihn bekämpfen? Im Gegenteil: sie sind die unverföhnlichsten Gegner der Alldeutschen, während die Verständigungspolitiker nur einen Scheinkampf gegen sie führen.

Die Linksradikalen haben ein eminentes Interesse daran, die Arbeitermassen über die Illusionen aufzuklären, sie gegen Illusionen mobil zu machen, die von den Verständigungspolitikern mit Fleiß verbreitet werden. Und wenn auch durch den Gegensatz zwischen den beiden bürgerlichen Lagern unter Umständen Konflikte heraufbeschworen werden können, die die Dinge in Fluß bringen, so haben die Arbeiter doch von vornherein eine grundsätzliche Stellung gegen die Verständigungspolitiker einzunehmen. Das gilt umso mehr, wenn die Zeit es etwa mit sich bringen sollte, daß die Sozialpatrioten einmal wieder in eine oppositionelle Stellung der Regierung gegenüber gedrängt werden sollten. Dann erst recht gilt es den Blick für die wahre Funktion der Sozialdemokratie klar zu halten, dann erst recht gilt es, den Gegensatz, den todfeindlich unverföhnlichen Gegensatz gegen sie aufs schärfste zu betonen und zu betätigen.

Die Arbeiterschaft hat den Gegensatz im bürgerlichen

Lager in jedem Augenblick auszunützen durch Demaskierung der liberal-sozialpatriotisch-sozialpazifistischen Illusionen und durch den offenen Kampf gegen die herrschende Reaktion der junkerlichen und schwerindustriellen Anexionisten. Es ist wiederum eine Gelegenheit des Kampfes und der Aufklärung. Wer sie nicht restlos nützt, darf sich nicht Freund der Arbeiter nennen!

Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften.

Bei objektiver Betrachtung der gewerkschaftlichen Entwicklung wird auch der hoffnungseligste Optimist von Demokratie keinen Schimmer mehr entdecken können. Zwar auf dem ungefährlichen Boden der Theorie, in Satzungen und Leitfäden haben die Mitglieder bestimmenden und entscheidenden Einfluß, sie besitzen das Recht, ihre Vorstände und Beamten zu wählen und ihnen auch zu kündigen. Aber in der Praxis liegen die Dinge etwas anders. Die Entwicklung hat innerhalb der Gewerkschaften eine Hierarchie aufwachsen und erstarken lassen, die sich gegenseitig stützt und hält und die den Willen der Mitglieder ziemlich einflußlos macht. Es liegt in den Verhältnissen begründet, daß der Beamtenschaft der Generalversammlungen stets ein starkes Gewicht darstellt, das er fast immer zu Gunsten des Vorstandes wirken läßt.

Das Obrigkeitsverhältnis in den Gewerkschaften ist besonders stark seit Beginn des Krieges fühlbar geworden, da es durch den Belagerungszustand, die Unterbindung des politischen Lebens und die Tatsache gestützt und befestigt wurde, daß die aktivsten Mitglieder unter den Fahnen stehen, während ein großer Teil des Beamtenschafts reklamiert und beurlaubt ist. Deshalb war es auch möglich, daß die Generalkommission und die Zentralvorstände der Gewerkschaften ohne Befragung der Mitglieder die Organisationen auf eine Politik festlegten, die mit den Traditionen der deutschen Arbeiterschaft in Widerspruch steht.

Während der Ausnahmegesetzgebung der neunziger Jahre entstanden, hielten sich die Gewerkschaften in früheren Jahren seltener auf politischem Gebiet neutral, obwohl sie durch Personalunion und andere vielseitige Verbindungen mit der politischen Partei verbunden waren. Aber schon vor dem Kriege zeigte sich die Unmöglichkeit einer unpolitischen Gewerkschaftsbewegung dem kartellierten und vorzüglich organisierten Kapital gegenüber, das in Folge seiner Organisation immer stärkeren Einfluß auf die Staatsmaschinerie und die staatliche Gesetzgebung ausübte. Schon damals war es bekannt, daß die Haltung der Gewerkschaften nur bedingt neutral war und besonders die Geschäftsführer, in deren Händen schon damals die Hauptmacht lag, übten in allen wichtigen praktischen Fragen einen starken Druck auf die Leitung der politischen Partei aus. Für das Selbstgefühl dieser Herren gab die Haltung des Abgeordneten Bauer von der Generalkommission der Gewerkschaften auf dem Jenaer Parteitag 1913 ein Beispiel, dessen wuchtigste Waffe gegen die Genossin Luxemburg in der Massenstreikdebatte der Satz war: „Die Gewerkschaften haben ein bestimmtes Signum für solche Redner: L. S. — Laßt schwätzen.“

Und der Parteitagbericht verzeichnet hinter diesen Worten „Heterkeit“. In dieser Art und Weise wurde damals über eine Frage von ungeheurer Wichtigkeit für die ganze Arbeiterbewegung verhandelt.

Während des Krieges haben Generalkommission und Zentralvorstände der Gewerkschaften zu Gunsten der von ihnen erstrebten Politik einen entscheidenden Einfluß auf die sozialdemokratische Fraktion und Partei ausgeübt, sie in das Fahrwasser der Regierung gedrängt und wiederholt ausgesprochen, daß sie ein Beharren auf dieser Bahn von der Sozialdemokratie verlangen. So konnte man im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission lesen, so in der Broschüre Umbreit, so in einer Reihe von Gewerkschaftsblättern. Winnig, der bekannte Sozialimperialist, schreibt noch in seiner Betrachtung über den Würzburger Parteitag der Regierungssozialisten, die Partei treibe nun endlich die Politik, zu der der „Grundstein“ seit über einem Jahrzehnt gedrängt habe.

(Schluß folgt.)

Aus unserm politischen Tagebuch.

24. Februar.
Die französischen Sozialisten und der Frieden. Die Tagung des Nationalrates der französischen Sozialisten hat kürzlich einen vollständigen Sieg der bisherigen Minderheit über die Regierungsozialisten gebracht. Die Vorschläge der Kommission des Nationalrates zur Beratung der Kriegsziele über die Grundsätze, die von den französischen Sozialisten auf der Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten vertreten werden sollen, bedeuten eine deutliche Abgabe gegen alle anexionistischen Pläne.

25. Februar.
Die Gewerkschaften warnen vor dem Streik. Der „Deutsche Metallarbeiterverband“ richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder: „In den letzten Tagen werden wieder Flugblätter in den Betrieben der Metallindustrie Berlins verteilt, in denen vom Streik die Rede ist. Wir ersuchen unsere Mitglieder, diesen Flugblättern keine Beachtung zu schenken. Die Flugblätter kommen von unbekannter Seite.“

26. Februar.
Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Henke abgelehnt. Das außerordentliche Kriegsgericht hier selbst wollte ein Strafverfahren gegen den Genossen Henke einleiten wegen eines Flugblattes, das zum Teil in der „Arbeiterpolitik“ gedruckt worden war. Dazu bedurfte es aber der Genehmigung des Reichstages. Der Geschäftsordnungsausschuß lehnte aber ohne Debatte und einstimmig die Auslieferung Henkes zum Zwecke der Strafverfolgung ab.

27. Februar.
Die hiesige „Bremer Bürger-Zeitung“ und der „Vorwärts“ bringen des Oesterlen Zitate aus Artikeln der „Arbeiterpolitik“, in welchen die „Unabhängigen“ angegriffen werden. Was die „Arbeiterpolitik“ über die Sozialpatrioten schreibt, verschweigen natürlich diese Blätter. Wir freuen uns, mit welcher Aufmerksamkeit unsere Artikel von den betr. Redaktionen gelesen werden, und eruchen sie, vor wie nach für uns Reklame zu machen.

28. Februar.
Frauenstimmrecht in Schweden. Die Regierung legte heute dem Reichstag eine Vorlage über das Frauenstimmrecht und die Wählbarkeit der Frauen vor, die mit den Männern vollkommen gleichgestellt werden.

2. März.
Bei der zweiten Lesung des Justizgesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus kam auch die Suname der Kriminalität der Jugendlichen zur Sprache. Diese ist zum Teil mit auf die erschreckend große Zahl der Kriegsverordnungen zurückzuführen, am meisten wohl auf die wirtschaftliche Lage. Nach der Erklärung des Justizministers könnten aber große Reformen des Rechts im Reich nicht vorgenommen werden. Das Volk denkt darüber anders.

Feuilleton

Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt. (Schluß.)

Bei Actium kommt es zum Kampf. Dem Rat des Enobarbus zuwider, ist Kleopatra dem Antonis auch ins Feld gefolgt. Enobarbus erkennt die unheilvollen Folgen, die ihre Anwesenheit nach sich ziehen muß — er weiß, wie diese zersplitternd auf den Imperator wirken wird: „Wenn wir mit Stut und Hengst zusammen ausziehen, ist's um den Hengst geschehen, die Stute trüge den Reiter und sein Ross.“ — „Euer Beisein“, meint er zu Kleopatra, „muß durchaus Antonius verwirren und ihm an Herz und Hirn und Zeit entwinden, was dann höchst unrentabellich.“

Und wirklich richtet die Schlacht bei Actium des Antonius Macht zugrunde. Dem Rat seiner Schwester entgegen, beharrt er auf seinem Plan zu Wasser zu kämpfen, angepörrt durch Kleopatra, die für den Kampf zur See eintritt. Geblendet durch die Tatsache, daß sie ihm sechzig Segelschiffe brachte, vergißt er, daß die Flotte schlecht bemannt, der große Teil des Heeres erprobtes Fußvolk ist, des Kampfes auf dem Meere ungewohnt.

Es kommt zur Seeschlacht. Die ägyptischen Schiffe fliehen als erste, und: „Antonius, die Schwingen brekend wie ein brünstiger Entenich, die Schlacht verläßt auf ihrer Höh“, und flieht ihr nach.“

Befinnungslos, in blinder Leidenschaft, muß der Imperator ihr gefolgt sein, denn die erste Stunde der Selbstbesinnung bringt Erkenntnis, Reue, bittere Scham. Antonius weiß: in jener Stunde, da er ihr fliehend folgte, hat er sich selbst verloren: „ich bin so nachträglich, daß ich auf ewig meinen Weg verlor.“ Seine Freunde schick er von sich, er weiß, an seinem Leben ist nichts mehr zu retten, es ist zerstört in seinem Kern: „verlassen sei, was selber sich verläßt.“ Nun läßt der Anblick Kleopatras ihn gleichgültig, er ist im Innersten gebrochen, er weiß nur eins: „verlezt hab' ich die Ehre, so schändlich zu fliehen.“ Das kann er nicht überwinden. „In bitterer Klage wendet er sich an die Geliebte: „o, wohin brachtest du mich Aegypten? Sie, wie deinem Aug' ich meine Schmach entziehe, blickend zurück auf das, was ich verließ, zerstört in Schande! Wußtest du nicht, Aegypten: mein Herz war an dein Steuer fest gebunden, und du zogst mich in Schlepptau?“

Antonius muß, da er Größeres zu Liebe, seine Leidenschaft nicht zu töten vermochte, nun in ihr allein seine Befriedigung suchen, muß in einem Ruß Kleopatras Entgelt für seine politische Größe, für seinen verlorenen Feldherrnruhm suchen. — Von nun an muß seine Liebe den einzigen Inhalt seines Lebens bilden. So wurde der gewaltig große Boden, auf dem sein Leben sich bewegte, auf so engen Raum begrenzt. Da er seine Leidenschaft in entschuldender Stunde nicht zu beherrschen wußte, muß er an ihr zugrunde gehen. In scharfen Worten zeichnet Enobarbus des Antonius Schuld auf die Frage der Kleopatra: „hat dies Antonius — haben wir's verschuldet?“

„Antonius allein, der seinen Willen machte zum Herrscher der Vernunft. Nun floht ihr auch des Kriegs fürchtbares Antlitz, des Geschwader einander schreien: weshalb folgt er euch? Nicht durfte seiner Neigung Kiesel Eintrag tun seinen Feldherrnpflichten im Moment, da halb die Welt der anderen Hälfte trotzte, und er allein der Grund...“

Noch einmal, bei Alexandria, versucht Antonius in einem letzten Kraftaufwand sich, seine Macht, sein Leben zu retten. Siegreich in dem ersten Teil der Schlacht, die zu Lande geschlagen wird, ergibt sich seine Flotte, durch Verrat der Kleopatra gezwungen. Ins

Innerste getroffen sucht Antonius den Tod, Kleopatras Verrat, der zu Liebe er alles verloren, kann er nicht ertragen. Größer aber als sein Haß, sein Zorn, ist auch im Sterben noch sein Verlangen nach ihr. Den tödlich Verwundeten tragen seine Diener auf seine Bitte zu der Königin. Und sterbend erkennt Antonius, daß er an dem Widerspruch in sich selbst zugrunde geht, daß kein anderer die Schuld an seinem Tode trägt, sterbend bekennt er der Geliebten: „Nein, Mark Anton erlag sich selber nur!“

Antonius ist gestorben. Ein reiches Leben ist zu Ende. Eine mächtige Gasse, mit einst breiten, schwingenden Zweigen brach zusammen; verkrüppelt, zersplittert und geborsten. War es ein seltenes Schauspiel? Nein, selten war nur der prächtige Mantel, in dem es gespielt wurde. Selten nur die zahlreiche Umgebung, die es schmerzlich staunend sah.

Doch war der Widerspruch, an dem Antonius zugrunde ging, ein ganz gewöhnlicher; ein Widerspruch, den wir heute und alle Tage nur zu oft treffen, wo immer wir mit offenen Augen hinkommen.

Für Antonius galt es zu wählen zwischen einem Leben für seine Liebe und einem solchen für seine Tätigkeit als Politiker, als Feldherr. Es ließen sich also diese beiden Dinge nicht vereinen. Vor derselben Wahl stehen heute zahllose Männer: die Frau oder der Beruf. Fast niemals läßt sich beides vereinen, fast immer ist beides ein Halbes. Wie kommt es zu diesem Zwiespalt? Woher der Gegensatz zwischen dem Verhältnis des Mannes zu der Frau einerseits, dem Berufsleben andererseits? Ist es ein aus den natürlichen Bedingungen beider Geschlechter erwachsender Gegensatz, ist er unlöslich? Oder ist er abhängig von bestimmten sozialen Verhältnissen? Ist er vielleicht nichts anderes als der zufällige Gegensatz einzelner Individuen zueinander?

Sind gewisse Eigenarten der Frauen, sind gewisse Berufe der Männer für sein Auftreten entscheidend?

Es ist klar, daß in jedem Verhältnis von Mann und Frau, in dem wirklich starke Gefühle vorhanden sind, dementsprechend das Verlangen beider Teile, in möglichst enger Berührung in ihrem ganzen Leben zu stehen, ein tiefes sein wird.

Nun bedeutet aber die Tätigkeit des Mannes, die sein Leben erfüllt, während all der Zeit des Tages, die er von der Frau getrennt verbringt, meistens mehr als eine nur äußere Trennung, da gewöhnlich die Frau keine Beziehungen zu dieser Tätigkeit hat. Ist es so, daß der Mann seinem Beruf nachgeht, um Geld zu verdienen, um sich und der Frau das Leben zu ermöglichen, so ergibt sich aus seiner Tätigkeit noch kein Konflikt. Für ihn, wie für sie bedeuten dann seine Feierstunden ersehnte Zeit der Rast, bilden sie für ihn das Ziel seines Tuns, Stunden, in denen er jeden Gedanken an den Beruf von sich abwirft.

Anders, wenn das Berufsleben den Mann ganz in Anspruch nimmt, seine ganze Persönlichkeit, sein geistiges Leben, Seele und Körper fordert. In einem solchen Verhältnis wird der Konflikt am schärfsten hervortreten. Und ein Kompromiß wird da unmöglich sein, wo seine Tätigkeit, eine Frucht seiner Lebensanschauung, aus innerstem Drange heraus ausgeübt wird, wo Verzicht auf sie inneren Tod bedeuten würde. Die Frau will den Mann für sich, der Mann lebt in seiner Tätigkeit. Die Frau haßt diese Tätigkeit, weil sie in ihr den Räuber ihres Mannes sieht, sie sucht ihm von ihr fernzubehalten und sieht nicht, daß sie ihn zugleich von dem Quell seiner Kraft fernhält.

Dieser Widerspruch kann nur in einem Fall gelöst werden. Wenn die Frau aus wesentlich gleicher Weltanschauung heraus, gleiches Interesse wie der Mann an seiner Tätigkeit hat; wenn sie diese befruchtet oder wenn sie selbständig in gleicher Richtung, wenn

auch in anderer Form wirkt. Jedes andere Verhältnis von Mann und Frau ist ein ungesundes und ein halbes.

Wenn wir nach dem Wesen des Verhältnisses Antonius zu Kleopatra forschen, so finden wir, daß sein Grundzug ein rein erotischer ist. Ja, wir finden an keiner einzigen Stelle auch nur eine Andeutung eines anderen Elementes, das diese beiden politisch so hoch gestellten Menschen aneinander fesselt. Nichts aber tritt so leicht in Gegensatz zu anderen Forderungen des Lebens, als rein erotische Leidenschaft.

Obwohl Antonius erkennt, daß er zu wählen hat zwischen der Frau und seinem großen historischen Wirkungskreis, findet er keine Kraft, das sinnliche Band, das ihm mit ihr verbindet, zu zerschneiden. Er glaubt ohne diesen Eingriff durchzukommen. Er irrt, und geht an diesem Widerspruch in sich, an dieser Halbheit zugrunde.

Eine Alltagstragödie, die heute hunderte erleben, ohne sich ihrer bewußt zu werden, hunderte, die, in naivem Bewußtsein, aus Rücksicht auf die Frau, auf die Gestaltung ihres häuslichen Lebens, in entscheidenden Fragen Konzessionen machen, in Fragen, die ihre Tätigkeit im Innersten berühren und sie faul werden lassen; hunderte, die Halbheiten begehen, aus diesem Zwiespalt heraus zwischen der Liebe für die Frau und dem Willen, in der Illusion, sich zwischen beiden teilen zu können.

Nicht jeder ist Antonius, nicht jeder Feldherr — und nicht jede Frau ist eine Kleopatra. Nicht immer tritt in so krasser Form das Wesen des Widerspruches hervor, an dem Shakespeares Antonius zugrunde geht.

Und doch gibt es viele Frauen, die der Kleopatra, viele Männer, die dem Antonius gleichen.

Nur töten sie sich heute nicht mehr, sondern wandeln unter uns — Zeit ihres Lebens — — lebende Leichname.



In der Fabrik.

Sah ich eine Weile zu,
wie die Funken fliegen;
Räder, Riemen ohne Ruß
durch den Tag getrieben.

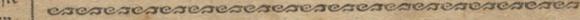
Hört ich eine Weile, wie
die Maschinen flöhnen,
unter ihrer Melodie
alle Pfosten dröhnen.

Stampf und Stoß und Sur und Summ
machten mich beklommen,
ging zum Tor hinaus ich stumm,
war so froh gekommen.

Draußen sah ich Staub und Ruß
ich ein Mädchen stehen;
war soeben flüchtig. Muß
Jugend so vergehen?

Fort, nur fort! Schon grüßt mich hoch
freier Wipfel Brausen,
aber immer hör' ich noch
Räderjurn und -sausen.

Falke.



Briefkasten der Redaktion.

Wir müssen unseren wertigen Mitarbeitern die Mitteilung machen, daß wir einige Artikel nicht zum Abdruck bringen können. Wir bitten aber nach wie vor um gest. Mitarbeit.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

nt. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 10

Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion u. Expedition: **Bremen, den 9. März 1918** Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Der Akkumulationsfonds als Steuerquelle	Seite 59
Friedrich Engels über Mitteleuropa und „natürliche Grenzen“	60
Aus der italienischen Parteibewegung	61
Aus der französischen Bewegung	62
Die Gewerkschaftsführer in Not	63
Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften	64
Gewerkschaftsfragen	64
Aus unserm politischen Tagebuch	64

Der Akkumulationsfonds als Steuerquelle.

Von Kurt Classe.

Die gewaltigen Kosten, die der Krieg allen beteiligten Ländern auferlegt, haben die Steuerfrage wieder zu der aktuellsten und brennendsten Tagesfrage gemacht. Wollen wir rein wissenschaftlich und sachlich erkennen, auf welche Weise Steuern überhaupt aufgebracht, aus welchen Quellen sie geschöpft werden können. So leuchtet ein, daß dies nur das unaufhörlich neu entstehende Ergebnis der gesamten Arbeit eines Volkes sein kann. Nur dessen Früchte können ständig gepflückt werden, weil sie ständig frisch nachwachsen. Wolte man dagegen diejenigen Fonds angreifen, welche den dauernden Gang der Produktion sichern, so würde man die Henne schlachten, welche die goldenen Eier legt. Man würde im Augenblick vielleicht beträchtliche Summen haben können, aber bald darauf nichts mehr. Nur das Produktionsergebnis darf Steuerquelle sein, ist deshalb der erste und allseitig anerkannte Grundsatz alles Steuerwesens. Niemals darf an diejenigen Kräfte gerührt werden, aus denen die Produktion ihre Nahrung zieht.

Jedoch, welche Kräfte das sind, darüber herrscht allerdings in der Wissenschaft noch große Uneinigkeit. Betrachten wir das Ergebnis des Produktionsprozesses etwa, wie es sich nach Ablauf eines Jahres darstellt, so hat es sich zerteilt in Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente. Der Arbeitslohn wird so ziemlich völlig im Laufe des Jahres wieder verbraucht, um den Lebensunterhalt der Arbeiter zu bestreiten, ohne welchen eine Fortsetzung der Produktion unmöglich wäre. Nur wenn die Löhne in ihrer Gesamtheit die Summe dessen übersteigen, was die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zum Unterhalt braucht, könnte daraus ein Fonds für sonstige Zwecke angesammelt werden.

Anders steht es mit Kapitalprofit und Grundrente. Sie können niemals ganz für Konsum ausgegeben werden. Vielmehr müssen ihre Besitzer von vorn herein

einen Teil davon abzweigen und ansammeln um jeder Zeit sowohl für die Erneuerung als auch für die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen gerüstet zu sein. Wenn der Landwirt nicht rechtzeitig die Mittel zur Aussaat, zur Düngung, zur Viehhaltung usw., der Fabrikant neue Maschinen und Rohstoffe nicht beschaffen kann, ist die Produktion lahm gelegt. Hier erwächst also dem Steuertechniker eine schwere Aufgabe, wenn er die Steuer so bemessen will, daß sie den Fortgang der Produktion nicht hemmt.

Aber nicht darum allein handelt es sich. Vielmehr erheischt der ungestörte Fortgang der Produktion auch deren unablässige Erweiterung. Nicht nur im gleichen, sondern in größerem Umfang muß produziert werden, wenn die Produktion mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt halten und die immer mehr steigenden Bedürfnisse der Menschen befriedigen will.

Die Frage, woher die Steuern genommen werden sollen, die zur Verzinsung und Rückerstattung der ungeheueren Summen die der Krieg verschlingt, hat die Finanzleute aller an ihm beteiligten Staaten in arge Verlegenheit gebracht. Ganz besonders wird die Frage diskutiert, in wieweit die aufzubringenden Steuern vom Akkumulationsfonds genommen werden können. Und während bisher innerhalb der Sozialdemokratie ganz allgemein der Grundsatz galt, daß alle Steuern vom Mehrwert bezahlt werden müssen, hat auch auf diesem Gebiete mancher umgelernt. Selbst Leute, deren Namen unter den Wissenschaftlern einen guten Klang hatten, — wie zum Beispiel Heinrich Cunow — glaubten warnen zu müssen vor allzu starker Belastung des Unternehmerprofits. Und dabei begnügen sie sich nicht mit der Feststellung, daß eine starke Besteuerung des Einkommens der Kapitalisten die Kapitalakkumulation hemmt und die gesellschaftlichen Produktivkräfte einschränkt, sondern versuchen glauben zu machen, daß es im Interesse des Proletariats liegt, wenn ein Teil der aufzubringenden Summen auf anderem Wege, nämlich durch eine direkte und indirekte Besteuerung des Arbeitslohnes eingebracht wird.

Eine kurze Betrachtung wird zeigen, wie falsch diese Annahme ist.

Die einzige Steuerquelle ist das Ergebnis des Produktionsprozesses im Staate. Sie setzt sich zusammen aus Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente. — Unternehmerprofit und Grundrente sind Mehrwert.

Nach der Marx'schen Werttheorie ist der Arbeitslohn gleich der Summe, die zur Wiederherstellung der